

Soziales Menschenrecht auf Wohnen

Soziales Menschenrecht auf Wohnen

Elke Breitenbach, ehemalige Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales am 19.03. zum Thema Obdachlosigkeit und Möglichkeiten ihrer Beseitigung in Berlin:

Wir haben in Berlin tatsächlich viele Unterstützungsmöglichkeiten für obdachlose Menschen. Mehr als 50.000 wohnungslose Menschen sind nach dem ASOG (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz) untergebracht.

Wir erleben in den Flüchtlingsunterkünften, dass dort seit 2015/16 etwa 10-12.000 Menschen leben, deren Asylverfahren schon längst vorbei ist, die also bleiben können, die sich hier ein Leben aufbauen könnten, aber keine Wohnung finden. Teilweise finden sie Arbeit, aber sie leben in Flüchtlingsunterkünften. Kinder sind in Flüchtlingsunterkünften geboren, gehen heute in die Schule und haben nie etwas anderes gesehen, weil in dieser Stadt Wohnraum fehlt. Diese Neu-Berliner*innen sind rechtlich gesehen Wohnungslose und müssen weiterhin untergebracht werden. Da diese Menschen keinen Wohnraum finden, müssen sie weiter in den Flüchtlingsunterkünften bleiben. Gleichzeitig wird in Tegel eine Flüchtlingsunterkunft mit Zelten gebaut, die größte innerhalb Europas. Dort leben 700 Kinder, die nicht beschult werden. Sie müssen dort leben, da es im Moment keine anderen Möglichkeiten gibt, sie unterzubringen. Eine billige Milchmädchenrechnung wäre es zu glauben, dass man keine Notunterkünfte bauen müsste, wenn die etwa 10-12.000 Wohnungslosen mit Fluchthintergrund die Unterkünfte verlassen würden. Von heute auf morgen ließe sich das gar nicht umsetzen, aber ich möchte damit zeigen, wie groß das Problem der Wohnungslosigkeit in dieser Stadt ist.

Wenn wir in andere Länder gucken, am besten schaut man da nach Finnland, werden wir feststellen, dass dort **Housing First** eingeführt wurde, d.h. „zuerst eine Wohnung“. Das haben wir hier nicht. Wir hatten hier nur Modellprojekte.

Unsere Wohnungsnotfallhilfe funktioniert anders. Menschen gehen irgendwo hin, sie werden beraten, erhalten Unterstützung, und sie gehen dann irgendwann zum Bezirksamt und sagen, ich möchte nicht mehr obdachlos sein, ich möchte gerne eine Wohnung, oder ich möchte untergebracht werden. Um eine Wohnung zu bekommen, gilt der dieser schöne Begriff „Wohnfähigkeit“. Menschen, die in einem Amt sitzen, entscheiden, ob jemand wohnfähig ist. Wohnfähig ist, wenn man sich ordentlich benimmt, wie es vorgegeben ist, d.h. man säuft nicht, man ist kein Messi und ähnliches. Ich kann nur sagen, es gibt ganz viele Menschen, die suchtabhängig sind, die Messis sind und in einer Wohnung leben. Zum Glück werden sie nicht auf die Straße gesetzt. Aber obdachlosen Menschen gibt man keine Wohnung.

Housing First hat einen völlig anderen Ansatz. Menschen kriegen bedingungslos eine Wohnung, haben damit erstmal einen Ort der Sicherheit, können dort Luft holen und kommen dann schnell an einen Punkt, sich zu überlegen, wie sie ihr Leben verändern können. Viele wollen ihre Sucht bekämpfen, ihre Schulden klar kriegen, andere wollen

eine Ausbildung machen oder suchen sich einen Job. Wir haben in Berlin mit zwei Modellprojekten angefangen, einmal Housing First für Frauen, das war eines der ersten Projekte, und Housing First gemischtgeschlechtlich. Nach der Modellphase Phase von drei Jahren hat man festgestellt, dass es bei Housing First für Frauen eine Erfolgsquote von 100 % gab, d.h. die Frauen, die eine Wohnung gefunden haben, sind in ihrer Wohnung geblieben und haben irgendwann selbst entschieden, dass sie Unterstützung und Hilfe haben wollen, die sie auch gekriegt haben. Bei den Gemischtgeschlechtlichen waren es immernoch weit über 95 %. Wenn die Menschen auf der Straße gelebt haben, ist Housing First eine nachhaltige Unterstützungsmaßnahme, die ihnen auch hilft, wieder in dieser Gesellschaft anzukommen.

In der Zwischenzeit gibt es in Berlin – Katja Kipping hat es nach den Modellprojekten verstetigt – 6.000 Housing First-Plätze für vielerlei Menschen, auch für queere Menschen, für Menschen mit Suchterkrankung, Menschen mit chronischen Erkrankungen ... Alle Projekte arbeiten bisher erfolgreich. Das auszuweiten wäre wichtig, wenn wir die Wohnungslosigkeit bis 2030 abschaffen wollen, so wie es jetzt auch im Koalitionsvertrag steht. Und es gab die Entscheidung auf europäischer Ebene. Da lächeln alle müde. Ich finde nicht, dass man da lächeln muss. Wenn wir diesen Weg mit Housing First konsequent gehen würden, wenn wir dafür sorgen würden, dass wir bezahlbaren Wohnraum hätten, könnten wir es schaffen.

Die ersten Wohnungen bei Housing First, die Träger bekommen haben, das war Vonovia und Deutsche Wohnen. Da haben die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften noch die Nase gerümpft und haben gesagt, nee, wir brauchen eine soziale Durchmischung in unseren Wohnungen. Da passen Obdachlose nicht hinein. Das hat sich jetzt auch geändert. Das würde aber nicht so einfach gehen, zu sagen, wir machen Housing First und übermorgen haben alle eine Wohnung. Wenn man es machen wollte, brauchten wir erstens ein Landesprogramm, mit dem die jetzigen Unterkünfte umgebaut werden in Apartment- und Wohnungsstrukturen. Das ist zwar nicht Housing First, denn eigentlich wollen wir nicht, dass alle in einem Haus wohnen, wo alle sagen: Dort sind die, wir sind hier. Man braucht Zwischenschritte. Zweitens brauchen wir eine Quote bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen für neu vermietbare Wohnungen, ich sag mal eine Quote von 5%, und damit schaffen wir Wohnraum auch für wohnungslose Menschen. Und dann brauchen wir drittens eine Prioritätenliste, nach der gemeinsam mit den gesellschaftlichen Akteuren festgelegt wird, wer als erstes eine Wohnung bekommt. Sind es ältere Menschen, sind es Familien, Menschen mit Behinderungen, ...? Man braucht einen transparenten Prozess, wie Menschen in diese Wohnungen kommen, in welcher Reihenfolge, und wenn wir das konsequent machen würden, dann könnten wir die Obdach- und Wohnungslosigkeit auch in dieser Stadt beseitigen. Und ich glaube, dass wir in die Nähe bis 2030 kommen würden.

Und es wird trotzdem immer Menschen geben, die wir nicht mehr in Wohnungen kriegen. Bei dem gemischtgeschlechtlichen Housing First gab es beispielsweise ein

oder zwei Männer, die ein Jahr in ihrer Wohnung waren und gesagt haben „ich schaff das nicht, ich halte es nicht mehr aus in einer Wohnung, ich geh wieder auf die Straße.“ Das werden wir auch haben, aber nicht diese Massen von Menschen, die schon jetzt auf der Straße ganz elendig leben müssen, die ständig in Gefahr sind. Frauen sind da noch einmal in besonders prekären Situationen, vor allem was sexualisierte Gewalt angeht. Wir können dieses Elend schrittweise beheben.